Presseerklärung des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)

Berlin, 21.11.2023 – Der Wissenschaftliche Beirat beim BMWK hat heute ein Gutachten zum Thema

„Leitplanken zur Stärkung der Versorgungssicherheit“

veröffentlicht.

Als Handelsnation steht Deutschland vor großen Herausforderungen. Unzureichende Diversifizierung und einseitige Abhängigkeiten bei kritischen Gütern werden zunehmend als Gefährdung der strategischen Autonomie angesehen werden. Die deutsche Bundesregierung und die EU setzen sich für eine Stratege der Risikominderung („De-Risking“) ein. Diese soll zu mehr Resilienz und geringerer Erpressbarkeit führen, ohne dass es zu einer Abschottung gegenüber einzelnen oder mehreren Handelspartnern („De-Coupling“) kommt. Der Beirat begrüßt diese Strategie und empfiehlt ein Bündel an konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, das den Herausforderungen zu großer Abhängigkeit begegnet.

Die zentrale Empfehlung des Beirats besteht in der Schaffung eines europäischen Büros für Versorgungssicherheit (European Supply Security Office, ESSO). „Eine solche Einrichtung sollte die Kohärenz der nationalen Politiken in der EU gewährleisten, damit die Integrität des Binnenmarktes nicht gefährdet wird“, so der Federführende des Gutachtens Prof. Gabriel Felbermayr (WIFO und Wirtschaftsuniversität Wien). Die Agentur sollte Standards setzen, etwa für die Durchführung von Stresstests oder für die Berichterstattung der Unternehmen, und zu einer möglichst guten Versorgung von adäquaten Informationen über Lieferkettenrisiken beitragen. Bei der Einrichtung ist zu beachten, dass Redundanzen zwischen nationalen und europäischen Institutionen abgebaut werden und zusätzliche Bürokratie vermieden wird. Ganz bewusst ist ESSO nicht als neue Agentur gedacht, sondern soll bestehenden Institutionen und Strukturen zuarbeiten.

In dem Gutachten begründet der Beirat den Einsatz von außenwirtschaftspolitischen Eingriffen mit einer sicherheitspolitischen Externalität: dezentral agierende Unternehmen, auch große, internalisieren nicht, wie die Summe ihrer internationalen Beschaffungsentscheidungen die außenpolitische Manövrierfähigkeit der Bundesrepublik und der EU beeinflusst.

Um das Entstehen von Abhängigkeiten zu vermeiden, setzt sich der Beirat für geeignete ordnungspolitische Rahmenbedingungen und Maßnahmen ein, die einer zu geringen Diversifikation der Unternehmen entgegenwirken. Freihandelsabkommen gehören dazu, ebenso wie die Förderung und Erleichterung von Auslandsinvestitionen, um alternative Lieferquellen zu erschließen. Schließlich könnte auch die Schaffung spezieller Märkte für Versorgungssicherheit – in Analogie zu Kapazitätsmärkten – die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik und der EU verbessern. Dieses sind Elemente einer Strategie der Risikominderung. Allerdings ist der Übergang zwischen „De-Risking“ und „De-Coupling“ ein fließender, zum Beispiel, weil alle wichtigen Zukunftstechnologien sowohl zivile als auch militärische Anwendungsfelder haben.

Der Beirat ist skeptisch was die Erstellung nach objektiven Maßstäben von Listen kritischer Güter, Technologien oder Sektoren zum Zwecke der finanziellen Unterstützung durch den Staat oder der Ableitung außenwirtschaftspolitischer Maßnahme angeht. Der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats, Prof. Eckhard Janeba (Universität Mannheim), führt dazu aus: „Was als knapp oder strategisch kritisch gilt, ist kontextabhängig und zeitveränderlich. Daher bleibt die Erstellung solcher Listen eine

inhärent politische Aufgabe.“ Der Beirat empfiehlt, die Prozesse und Kriterien transparent zu machen, um eine überschießende Einflussnahme von Partikularinteressen zu verhindern.